

P R E S S E M I T T E I L U N G

**Nr. 224 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Niedersächsischen Landtag
18.06.2010**

GRÜNE: Länder und Kommunen müssen bei Sicherstellung der ärztlichen Versorgung mitentscheiden können

Helmhold begrüßt Initiative des Landes

Als Schritt in die richtige Richtung hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Landtagsgrünen Ursula Helmhold die Initiative des Staatssekretärs im Sozialministerium bezeichnet, den Ländern ein Mitbestimmungsrecht an der Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung einzuräumen.

Angesichts der erheblichen Probleme, Nachfolgerinnen und Nachfolger für Hausarztpraxen im ländlichen Raum zu finden, dürfe die Zuständigkeit nicht mehr allein bei den Kassenärztlichen Vereinigungen liegen. „Finanzielle Anreize der Kassenärztlichen Vereinigungen allein reichen offenbar für eine Ansiedlung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Lande nicht aus“, so Helmhold. Daher müsse die Beteiligung nicht nur der Länder, sondern auch der Kommunen bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung gesetzlich verankert werden, forderte die Grünen-Politikerin.

Helmhold: „Ein solcher Schritt eröffnet auch die Möglichkeit, dass das Land mit finanziellen Mitteln die Integration von ambulanten und stationären Angeboten unterstützt. Hiervon könnten insbesondere Standorte gefährdeter Krankenhäuser profitieren.“